

Pressemitteilung, 22. Jänner 2026

Alptraum droht wahr zu werden

Statt endlich eine Obergrenze zu ziehen, soll die Bettenkapazität über 2026 hinaus weiter ausgebaut werden.

Mit Bestürzung entnimmt der Heimatpflegeverband (HPV) den Medien, dass die SVP in Betracht zieht, die geltende Bettenstoppverordnung vom 13. September 2022 abzuändern, um den andauernden Hotelbauboom um weitere 5 Jahre ab September 2026 zu verlängern. Die von der Bevölkerung erwartete Bettenobergrenze würde damit auf die lange Bank geschoben und mindestens weitere 12.000 Betten würden zum heutigen Übermaß an Beherbergungskapazität dazu gebaut.

Tourismus wächst weiter – mit allen bekannten Folgen

Laut jüngsten ASTAT-Zahlen hat Südtirol im Tourismusjahr 2025 erneut einen Höchstwert erreicht: Die Zahl der Ankünfte ist um gut weitere 3 Prozent gestiegen, die Zahl der Nächtigungen hat die Marke 38 Millionen überschritten. „Die touristische Überbelastung nimmt zu – aber statt gegenzusteuern, wird an der Wachstumsschraube weitergedreht“, kritisiert HPV-Obfrau Claudia Plaikner. „Alle negativen Begleiterscheinungen werden dadurch weiter verschärft: zunehmender Verkehr auf den Straßen, Überfüllung im öffentlichen Nahverkehr, Bodenverbrauch, Zersiedelung, Bausünden im Grün, Belastung von Landschaft und Ortsbildern sowie ein weiterer Preisanstieg auf dem Immobilienmarkt.“

Bettenrekord statt Stopp

Zur Erinnerung: In der Durchführungsverordnung vom 13. September 2022 (in Kraft am 22. September) wurden erstmals Maßnahmen zur Begrenzung des Bettenwachstums eingeführt – etwa die Erhebung der Bettenzahl, die Gästebettenkontingentierung und die Zuweisung auf Gemeindeebene (sog. „Vorschussbetten“). Dazu kamen noch einige Ausnahme- und Übergangsregelungen. Erworbene Rechte auf einen Bettenausbau dürfen umgesetzt werden. Als solche gelten laut Durchführungsverordnung schon erlassenen Baukonzessionen, innerhalb 21. Juli 2022 beantragte Baukonzessionen und Gästebetten in bereits ausgewiesenen Tourismuszonen, sofern innerhalb von vier Jahren (binnen 22.9.2026) eine Baukonzession erteilt wird. „Bedauerlicherweise hat diese Art der Umsetzung des Landestourismusentwicklungskonzepts (LTEK 2030+) dazu geführt, dass der Bettenbau in Südtirol nicht gebremst, sondern geradezu beschleunigt worden ist“, so Plaikner. Gab es zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Durchführungsverordnung vom September 2022 noch ziemlich genau 235.000 Betten, war deren Zahl bis Dezember 2025 auf 267.623 angeschwollen ([ASTAT Beherbergungskapazität](#)). Vergeblich hat der Heimatpflegeverband schon im Februar 2025 ein Moratorium in der Umsetzung „angereifter Bettenrechte“ gefordert – erfolglos.

Bettenstopp endgültig ausgehebelt

Nun zieht der zuständige Landesrat Walcher sogar das Gegenteil in Betracht: die Verlängerung der Frist um 5 Jahre, was den Bau von weiteren 12.000 Betten ermöglichen würde, die bis 2022 genehmigt worden sind. „Damit wird die Grundlage des Bettenstopps endgültig ausgehebelt, die die Festlegung einer Obergrenze ab September 2026 angestrebt hat. Im Klartext: Das führt zur Fortsetzung des touristischen Baubooms mit massiven Eingriffen in die Natur- und Kulturlandschaft“, unterstreicht Plaikner.

Widerspruch zur Raumordnung und zum Klimaziel

Der Heimatpflegeverband warnt eindringlich vor einem derartigen Schritt. Damit wird die paradoxe Situation extrem verschärft, die heute schon besteht:

- Einerseits verlangen Raumordnungsreform und Gemeindeentwicklungsprogramme die Einsparung von Baugrund – andererseits wurden seit 2022 rund 8.000 neue Betten pro Jahr genehmigt.
- Einerseits leidet die einheimische Bevölkerung unter explodierenden Mieten und unerschwinglichem Bauland – andererseits entstehen großvolumige Tourismusstrukturen im landwirtschaftlichen Grün.
- Einerseits sehen Klimaplan und Mobilitätsplan die Reduzierung des Straßenverkehrs vor – andererseits wird die touristisch bedingte Mobilität laufend gesteigert.

Diese widersprüchliche Politik muss endlich ein Ende haben.

Forderungen des Heimatpflegeverbandes

Deshalb fordert der Heimatpflegeverband die SVP und die Landesregierung auf, keinesfalls die Frist zur Umsetzung erworbener Bettenbaurechte über den 22. September 2026 hinaus auszudehnen. Wir fordern, auf die nicht innerhalb 22. September umgesetzten Projekte endgültig zu verzichten und die gesetzlich vorgesehene Bettenobergrenze endlich quantitativ festzulegen. Wir fordern die Gemeinden auf, keine neuen Baugenehmigungen für Hotelbauprojekte und Hotelausbauprojekte in bereits bestehenden Tourismuszonen mehr zu erteilen. „Wir fordern ein echtes Ende des Bettenbaubooms!“, so Plaikner.